



## VERTRAULICH

Den Haag, 22. Dezember 1993

### **P.B. Nr. 9 - KF Schlussbericht**

#### **Die Niederlande 1993**

Die jüngsten Jahrestagungen von wichtigsten und weniger wichtigen Parteien haben den Wahlkampf um die künftigen Sitze in der Zweiten und entscheidenden Kammer eingeläutet, was bis zum 3. Mai dauern wird. Vorher finden im März die Lokalwahlen statt, die stets einen ersten Fingerzeig auf die herrschende Stimmung im Lande geben. Und im Juni ist überdies - für die Europäer leider erst an dritter Stelle - die Erneuerung der niederländischen Abgeordneten im Europäischen Parlament fällig.

Würde der Urnengang heute abgehalten, müssten die Sozialdemokraten, Koalitionspartner der Christdemokraten, mit erklecklichen Verlusten rechnen, dies zu Gunsten der Linksliberalen (D66), welche als relativ neue Gruppierung sich noch nie an einer Regierung beteiligten, die in den vergangenen Jahren jedoch in der Wählergunst stete Fortschritte verzeichnet haben. Wie unsicher indessen Prognosen sind, zeigen Spekulationen, welche sowohl eine Fortsetzung der gegenwärtigen Zusammensetzung der Regierung für möglich halten wie auch eine lila Variation mit Sozialdemokraten sowie Rechts- und Linksliberalen, was die wohl auch in Zukunft stärkste Partei der Christdemokraten in die Opposition verbannen würde.

Ist dies eine eher kühne Vorstellung, so bleibt doch die Frage offen, was mit dem Premierminister geschieht und wie sich sein vorgesehener Nachfolger Elco Brinkmann behauptet, der in letzter Zeit namentlich wegen Aeusserungen im Bereiche der Sozialpolitik ins Sperrfeuer heftiger Kritik geriet. Ruud Lubbers, 1982 der jüngste und unterdessen seit Einführung der konstitutionellen Monarchie vor 150 Jahren - zuerst als Chef einer Mitte-Rechts-Koalition mit den Rechtsliberalen und ab 1989 einer Mitte-Links-Koalition mit den Sozialdemokraten - der dauerhafteste niederländische Premierminister, ist Kandidat für die Nachfolge von Jacques Delors, dem Präsidenten der EU-Kommission. Sollte dies nicht gelingen, so bleibt nicht ausgeschlossen, dass er sich ins Privatleben zurückzieht, was manche Auguren voraussagen.

Wie dem auch sei, das Verdienst von Lubbers bleibt es, der niederländischen Wirtschaft genügend Widerstandskraft verliehen zu haben, welche es ihr erlaubt, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Es ist dies wegen der Abhängigkeit vom Aussenhandel eine Schicksalsfrage; Abhängigkeit auch vom bilateralen Verhältnis mit dem Nachbarn Deutschland, wo sich nach der Wiedervereinigung nicht alle Blümenträume verwirklicht haben. Im übrigen war der erste offizielle Besuch von Bundeskanzler Kohl dazu angetan, auch bei dieser Gelegenheit gegen niederländische Ressentiments anzukämpfen, die latent überall stets noch vorhanden sind. Die beiden Regierungsparteien befürworten eine Vertiefung der Beziehungen zu Deutschland, und der Aussenminister ist der Auffassung, dass die Niederlande in der öffentlichen Diskussion in Deutschland eine zu kleine Rolle spielen.

Beigefügt sei, dass der einzige rechtsextreme Parlamentarier gemäss Umfragen bei den nächsten Wahlen einen Zuwachs bis auf etwa vier Abgeordnete erwarten kann, was bei 150 Mitgliedern der Zweiten Kammer noch recht wenig ist. Und doch haben eine Anzahl bedenklicher Vorkommnisse die Stiftung "Anne Frank" mit Besorgnis erklären lassen: "Le tabou sur le racisme est en regression".

./.





- 2 -

In der niederländischen Wirtschaftspolitik sind Durchhaltevermögen während monetären Turbulenzen, schwindende Inflation, standfeste Lohndisziplin der Arbeitnehmer samt bitteren Einkommenseinbussen und stetige Reduktion des Budgetdefizits hervorstechende Merkmale. Notwendig, aber nicht selbstverständlich wurden diesbezügliche Massnahmen wegen der lauen Weltkonjunktur sowie in den Niederlanden infolge des freizügigen Subventionswesens, der überbordenden Sozialgesetzgebung und der dadurch bewirkten massiven Steuerbelastung.

Zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wird es vor allem darum gehen, den strapazierten Wohlfahrtsstaat angemessen zu reduzieren, d.h. zuerst nur schon den grassierenden Missbrauch einzudämmen. Wenn die Niederlande einer eigentlichen Rezession entgangen sind und nach einem Null-Wachstum 1993 gemäss hiesigen Planungsbehörden eine Zunahme von 1 - 1½ Prozent im kommenden Jahr erwarten dürfen, so gilt es insbesondere gegen die stets wachsende Arbeitslosenzahl Mittel und Wege nicht zuletzt struktureller Art zu finden. Hinzu kommt das langwierige Ringen um Lösungen für die Asylanten und illegale Aufenthalter, was in einem Land nicht leicht ist, das in diesen Bereichen für Liberalität bekannt ist.

Umweltschutz ist ein Thema, das sowohl innen- wie aussenpolitische Implikationen besitzt. International ist Den Haag in diesem Bereiche aktiver Wortführer und stets für fortschrittliche Initiativen zu haben. Daheim fällt es schwer, wirtschaftliche und ökologische Interessen im Gleichgewicht zu halten: Es betrifft dies das Dauerthema einer neuen Zugverbindung zwischen Rotterdam und dem Ruhrgebiet (Betuwe Lijn) sowie die neu entdeckten Naturgas-Vorkommen in der Wadden See, weil beide Projekte die Sorge weiter Kreise um Naturschutzgebiete provozieren. Kein Ausbau von Atomkraftwerken, ja deren Abbau ist ein weiteres Thema der Oekologen, die von den Sozialdemokraten unterstützt werden.

Nun geht es auch in den Niederlanden darum, die Zielsetzungen der Europäischen Union zu erfüllen, wofür neben dem Budgetdefizit die enorme Staatsverschuldung ein Problem bietet. Maastricht ist aus niederländischer Sicht ein Hoffnungsträger, obwohl es seinerzeit nicht weit genug ging und unterdessen wohl Abstriche gemacht werden müssen, wenn es bei der Verwirklichung um den seinerzeit vorgesehenen Fahrplan geht.

Auf jeden Fall dürften die Niederlande das am meisten engagierte Land sein, wenn es um die Europäische Union geht. Bittere geschichtliche Erfahrungen haben ein vormals neutrales Land zu einem der Gründungsväter von europäischer Integration und in der NATO seit Beginn zu einem entschiedenen Befürworter von atlantischer Bindung gemacht. Unter den ersten Sechs gewesen zu sein, erfüllt Offizielle wie Private mit Stolz, Genugtuung sowie hie und da überdies mit etwas Ueberheblichkeit, eine manchmal ärgerliche Eigenart. Befriedigung herrscht hier auf jeden Fall deshalb, weil die Niederlande nunmehr im Schosse der Europäischen Union zu den grossen Mitgliedstaaten gezählt werden.

Sie sind äusserst positiv eingestellt für die Aufnahme der vier EFTA-Kandidaten, weil sie sich hievon ausser einer Vermehrung der kleineren Mitgliedländer und Nettozahler ein Gegengewicht gegenüber den südlichen Mitglieder versprechen, welche letztere sie wegen ihren nimmermüden Begehren des öfteren an den Rand der Fassungslosigkeit treiben. Den Haag sähe gerne auch eine rasche Aufnahme osteuropäischer Länder, allen voran von Ungarn und Polen, in die NATO. Und wenn sich hier nach dem Referendum vom 6. Dezember 1992 Enttäuschung breitmachte, so ist man doch der Ueberzeugung, die Schweiz werde über kurz oder lang der EU beitreten. Die Türe bleibe offen.

./.



- 3 -

Den Haags Aussenbeziehungen zeigen Draufgängertum. Erinnerung sei daran, dass die Niederländer zu Beginn ihrer letzten Präsidentschaft für die Europäische Union einen Entwurf vorlegten, der ihren Partnern viel zu weit ging. Ein Dorn im Auge ist die europäische Politik gegenüber Ex-Jugoslawien, wo Den Haag immer wieder vergeblich versucht, gegen Unentschlossenheit und Taktieren anzukämpfen. Und wegen ihrer liberalen Drogenpolitik, welche in manch einem europäischen Partnerland keinen Anklang findet, kam es zu scharfzüngiger Auseinandersetzung mit Frankreich, an der sich Lubbers höchstpersönlich beteiligte; französische Verzögerungstaktik in Sachen Schengen wird hier wenig goutiert.

Draufgängertum auch im Bemühen, internationale Organisationen im Lande zu beherbergen und Niederländer in wichtige Posten solcher Gremien wählen zu lassen, dies mit unterschiedlichem Erfolg. So erhielt Den Haag die Organisation für das Verbot von Chemiewaffen, jedoch statt der begehrten EU-Bank schliesslich EUROPOL; und die Kandidatur für den Posten des FAO-Generalsekretärs zeitigte trotz intensiver Werbekampagne keinen Erfolg. Hingegen wird das Den Haag zugesprochene UN-Tribunal für Kriegsverbrecher hier als "cadeau empoisonné" betrachtet.

Vorerst bloss als Fussnote sei das künftige Los der Niederländischen Antillen erwähnt, wobei es um Unabhängigkeit, weitgehende Autonomie oder eine Zwischenlösung geht, möglicherweise für Curaçao um einen mit Aruba vergleichbaren Status. Diesbezügliche Konferenzen, auch unter Leitung von Premier Lubbers, haben bis heute kein Ergebnis gezeitigt. Jedoch ergab eine Umfrage in all diesen sechs Karibik-Inseln, dass sich fast 90 Prozent der Bevölkerung gegen eine volle Unabhängigkeit aussprach.

In den Bereichen von Entwicklungspolitik (zurzeit 0,85 % des geschätzten BSP!) und Menschenrechten kommt es immer wieder zu Reibereien und Auseinandersetzungen, so zuletzt besonders heftig mit Indonesien wegen Ost-Timor. Das 1975 in die Unabhängigkeit entlassene Surinam ist ein Sorgenkind der Niederlande, die es wegen Militärputsch und Misswirtschaft zeitweilig zum Abbruch jeglicher Beziehungen kommen liessen. Es bleibt abzuwarten, ob jüngste Versuche, die Dinge wieder in Fahrt zu bringen, etwas fruchten werden. Hohe Besuche hüten und drüben wurden zu diesem Zwecke durchgeführt.

Und das vor kurzem verabschiedete, auch im Inland hart umstrittene Euthanasie-Gesetz bewirkte ein lautes negatives Echo im Vatikan, was den Aussen- und den Justizminister veranlasste, gewisse Aeusserungen aus der päpstlichen Umgebung (Vergleiche mit Nazi-Praktiken) mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen; hiefür erhielten sie die volle Unterstützung des Premierministers, selber Katholik und Jesuitenzögling.

Eine breite Zustimmung in- und ausserhalb des Parlaments findet der Aussenminister in der Art und Weise, wie er sein Ressort handhabt. Vorbei sind die manchmal öffentlichen Kompetenz-Streitigkeiten, die sein Vorgänger hie und da mit dem Premierminister austrug. Als er sein Amt übernahm, galt Pieter Kooijmans als temporärer Lückenbüsser ohne politische Ambitionen. Heute kann man davon ausgehen, dass er beste Aussichten hat, sein Ministerium beizubehalten, sollten die Christdemokraten auch in der kommenden Koalition den Ton angeben.

Der Bericht wäre nicht vollständig ohne Erwähnung von Königin Beatrix, die nach jahrelangem Hin und Her der Schweiz einen Staatsbesuch abstattete, was zu einer Belebung des bilateralen Klimas beigetragen hat. Seit mehr als dreizehn Jahren wacht die Monarchin über die Geschicke ihres Landes; sie tut dies mit Charme, Intelligenz und Geschicklichkeit. Allgemeine Beliebtheit ist die beste Note, die ihr ohne Zögern zugesprochen werden kann.

  
Karl Fritschi

